

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

18.1.1887 (No. 15)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 18. Januar.

Nr. 15.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 66 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 17. Januar.

Aus Berlin geht uns die telegraphische Nachricht von einer zwischen den Parteivorkänden erzielten Verständigung der nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu. Darnach ist zwischen den Centralvorkänden der konservativen Partei, der Reichspartei und der nationalliberalen Partei gestern ein Abkommen dahin abgeschlossen worden, daß der Bestehende der drei Parteien gewahrt und nur ein Anhänger des Septennats gewählt, bei Stichwahlen aber auf jeden Fall für ein Mitglied einer der drei genannten Parteien gestimmt werde.

Am heutigen Tage treten in Madrid die Cortes wieder zusammen; ihre Eröffnung geschieht ohne Thronrede. Die Budgetvorlage weist ein Defizit von 60 Millionen auf. Der neue Finanzminister Puigcerver hält sein Projekt des Tabakmonopols und des successiven Verkaufs der Kommunalgüter aufrecht. Im Allgemeinen liegen die Verhältnisse nicht ungünstig für das Ministerium Sagasta, namentlich was die Zerspaltung der republikanischen Parteien und die Haltung der gemäßigten Republikaner betrifft. Castelar und seine Possibilitäten dürfen kaum noch zu den Republikanern gerechnet werden, die jorristische Partei ist ganz gespalten, Figuerola hat sich offen von Jorilla losgesagt, Salmeron und Aycarate haben dasselbe gethan und sie haben damit die Macht Jorillas und seiner Partei zersplittert und gebrochen. Dagegen wird die Regierung ihre Hauptstütze darauf zu richten haben, im dynastischen Lager größere Streitigkeiten zu verhindern. Auf der Tagesordnung der Session befinden sich Gesetze über die Einführung der Geschworenengerichte und der Zivilrechte.

Wochen-Rundschau.

Seine Majestät der Kaiser konferirte im Laufe der Woche wiederholt mit dem am Samstag aus Friedrichsruhe in Berlin eingetroffenen Reichskanzler. Am Donnerstag empfing der Kaiser den japanischen Prinzen Kihito Komatsu No Miya, welcher im Auftrage des Kaisers von Japan nach Berlin gekommen war, um Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm die Insignien des Ordens vom Chrysanthemum zu überbringen. — Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin empfingen am Sonntag den königl. schwedisch-norwegischen Gesandten v. Lagerheim, welcher in der vergangenen Woche dem Großherzog sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, in Abschiedsaudienz. Am Donnerstag erhielten Ihre königlichen Hoheiten den Besuch Seiner Hoheit des Fürsten von Hohenzollern, mit welchem Höchstselben in der Kunstschule und der Kunstgewerbeschule einen Besuch abtasteten.

Vom Bundesrath wurde am Donnerstag der Entwurf einer Verordnung über die Regelung des Militärtransportes auf den Eisenbahnen im Kriegsfalle nebst dem Entwurfe des Militärartaris genehmigt.

Wichtige, wenn auch recht unerfreuliche Ereignisse haben sich im Reichstage abgespielt. Die einbringlichen Reden des Feldmarschalls Grafen v. Moltke und des Fürsten Bismarck, von denen der Erstere die militärische und der Reichskanzler die politische Seite der Septennatsvorlage in überzeugender Weise beleuchtete, vermochten leider nicht die Abneigung der Reichstagsmehrheit gegen die siebenjährige Dauer des neuen Militärgesetzes zu heben; eine liberal-deutschfreiwillige Majorität beschloß die nur dreijährige Genehmigung, die vom Reichskanzler im Namen der verbündeten Regierungen für unannehmbar erklärt worden war. So erfolgte am Freitag unmittelbar auf diesen Beschluß und als unausbleibliche Antwort auf denselben die Auflösung des Reichstags. Die Hoffnung des Kaisers und der verbündeten Regierungen, daß sich trotz der Verschärfung des Parteiwists im Reichstage eine national gesinnte Mehrheit finden werde, welche parlamentarische oder ökonomische Rücksichten dem großen Gesichtspunkte unterordnet, daß zur Erhaltung und Erhöhung der deutschen Wehrkraft das geschehen müsse, was von autoritativer Seite als unumgänglich notwendig bezeichnet wird, ist durch diesen Ausgang der Entscheidung enttäuscht worden; es vermag an ihre Stelle nur die Hoffnung zu treten, daß aus dem Zusammenwirken der für die unveränderte Machtstellung des Deutschen Reiches begeisterten Elemente ein Reichstag hervorgehen werde, der sich dem nachgewiesenen Bedürfnisse der Armee zugänglich erweist.

Von namhaften Parlamentariern ist auch in dieser Woche einer durch den Tod abberufen worden; der Reichstags- und preussische Landtagsabgeordnete Dietrich, der als Mitglied der deutschfreiwilligen Partei in dem letzten Reichstage den schlesischen Wahlkreis Landeshut-Böffenhain vertrat.

*) Wegen Raumangels verspätet.

Am Samstag fand im Weißen Saale des königl. Schlosses die Eröffnung des preussischen Landtags durch eine vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums und Minister des Innern, v. Puttkamer, verlesene Ansprache statt.

Die Verhandlungen zwischen der österreichisch-ungarischen Regierung und Rumänien wegen des Abchlusses eines Handelsvertrages sollen Ende des Monats wieder aufgenommen werden. Ein allarmirender Artikel der „Budapester Korrespondenz“, welche glaubte, die Regierung auf die Nothwendigkeit, in Galizien Verpflegungs- und Monturarbeiten in größerer Menge vorrätig zu halten, aufmerksam machen zu müssen, fand eine prompte Erwiderung durch das Wiener „Fremdenblatt“: das Wiener Blatt stellte fest, daß der Artikel lediglich einer Privatansicht entstamme könne, da den amtlichen Kreisen keine Nachricht vorläge, welche die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens schmälern müßte.

Den Verhandlungen der italienischen Deputirtenkammer ist von jeher die große Anzahl von Interpellationen eigen. Bereits in der ersten Kammer Sitzung mußte der Minister des Auswärtigen eine von Ferrari eingebrachte Interpellation über das Verbot eines italienischen Plakats in Triest beantworten. Graf Robilant wies in seiner Antwort darauf hin, daß die Triester Behörde in dem angezogenen Falle lediglich von ihrem Rechte Gebrauch gemacht habe, den öffentlichen Anschlag von Rundgebungen in einer Auslandsprache zu verhindern und betonte, daß diesem er formell unbestreitbaren Rechte gegenüber gar nicht nach den Gründen des Verbots habe forschen können. Der Interpellant erklärte sich nicht befriedigt von der Antwort; dieselbe bildete indessen ein Glied in der Kette der ministeriellen Rundgebungen, welche beweisen, daß der italienische Minister des Auswärtigen sich von der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Oesterreich nicht abdrängen lassen will.

In Paris erfolgte am Montag die Eröffnung der Kammer Session ohne Formlichkeit, nur die Alterspräsidenten des Senats und der Deputirtenkammer begrüßten die wiederverammelten Mitglieder mit Ansprachen, in denen sie die Hoffnung auf einen gedeihlichen Verlauf der Tagung ausdrückten. In der Deputirtenkammer wurde der Präsident Floquet mit großer Mehrheit wiedergewählt. — Die Mitglieder der bulgarischen Deputation wurden am Samstag in Paris vom Minister des Auswärtigen empfangen, worauf sie am folgenden Tage dem Chef des Ministeriums, Herrn Goblet, ihren Besuch machten. Die Minister betonten ihren Besuch gegenüber die Sympathie der französischen Nation für alle Freiheitsbestrebungen, wiesen indessen gleichzeitig darauf hin, daß der französischen Regierung die Veranlassung zu einer Einmischung in die bulgarische Verwicklung sehr fern liege und daß ihr guter Rath nur darin bestehen könne, die Bulgaren möchten den Wünschen Rußlands Rechnung tragen.

Die politische Welt Englands wurde schmerzlich überrascht durch den plötzlichen Tod des bei beiden Parteien hochangesehenen und geachteten Lord Jddesleigh, des bisherigen Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten. Lord Jddesleigh, welcher vor seiner Nobilitirung der Führer der konservativen Partei im Unterhause gewesen war, erlag einem Herzschlage, als er im Begriff war, die Treppe zur Amtswohnung seines Kollegen Lord Salisbury emporzusteigen. Die Anebenahme des zuletzt von ihm bekleideten Ministeramtes durch Lord Salisbury war schon vor seinem Ableben beschlossene Sache, doch hatten noch Verhandlungen geschwebt, die erfahrenen Berater und Freund Salisbury's in einer anderen Stellung dem Kabinett zu erhalten. Die Konferenz liberaler Parteiführer, die zu dem Zwecke stattfand, eine Einigung über das Maß der den Irländern zu gewährenden Konzessionen zu erlangen, führte zu keinem Resultate.

In Rußland ist mit dem Beginn des neuen Jahres griechischer Zeitrechnung ein Ministerwechsel eingetreten, indem an Stelle des zum Präsidenten des Ministerkomitees ernannten Wirklichen Geheimraths Bunge Wschyngradsky zum Leiter des Finanzministeriums ernannt worden ist. Das letzte von Bunge aufgestellte Reichsbudget weist ein Defizit von 36 1/2 Millionen Rubel auf, wozu an außerordentlichen Ausgaben für Eisenbahn- und Hafenbauten 48 Millionen Rubel kommen; das zu dem Budget gegebene Exposé erläuterte dasselbe jedoch durch die fortdauernde wirtschaftliche Krisis und die dabei unvermeidliche Verringerung sowohl der staatlichen wie der privaten Einkünfte.

Zwischen der Pforte und der griechischen Regierung hat ein Notenwechsel stattgefunden, zu welchem die Beschwerden des türkischen Gouverneurs auf Kreta über griechische Umtriebe Anlaß gaben. Der türkische Gouverneur hatte die griechischen Konsuln auf Kreta beauftragt, daß sie der türkenfeindlichen Stimmung auf der Insel Vorbehalt leisteten, und die Pforte sah sich auf diese Mittheilung hin veranlaßt, in Athen die Abberufung der be-

treffenden Konsuln zu verlangen. Die griechische Regierung verweigerte die Abberufung, indem sie ihre Konsuln gegen die als ungerechtfertigt bezeichnete Anschuldigung in Schutz nahm. Die Pforte hat auf freundliche Vorstellungen des griechischen Vertreters in Konstantinopel davon Abstand genommen, die Angelegenheit weiter zu betreiben.

Der 14. Januar hat in der Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreichs schon einmal eine bedeutende Rolle gespielt, es war der Tag, an welchem der König von Preußen im Jahre 1871 den deutschen Fürsten und freien Städten seine Bereitwilligkeit zur Annahme der Kaiserwürde in folgendem Astenstücke erklärte:

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder! Nachdem Ew. königliche Majestät (Hoheit) in Gemeinschaft mit der Gesamtheit der deutschen Fürsten und freien Städte die Aufforderung zur Herstellung der Deutschen Kaiserwürde Mir haben zugehen lassen, danke Ich Ew. königlichen Majestät für diesen Beweis Ihres Vertrauens und halte für eine Mir gegen das gemeinsame Vaterland obliegende Pflicht, dem an Mich ergangenen Rufe Folge zu leisten.

Ich nehme die Deutsche Kaiserkrone an, nicht im Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwicklung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatz, so weit Gott Gnade gibt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen.

Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hat seine Stellung im Rathe der Nationen wiedergewonnen, und das deutsche Volk hat weder das Bedürfnis noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas Anderes als den auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben.

Sicher und befriedigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das Deutsche Reich, wie Ich vertraue, nach siegreicher Beendigung des Krieges, in welchen ein unberechtigter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das Deutsche Reich finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und erstrebt hat. Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und wahren Freundschaft verbleibe Ich Ew. königlichen Majestät freundschaftlicher Vetter und Bruder

Gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge erscheint, wie die „N. Allg. Ztg.“ dem Abdruck dieses Astenstückes hinzufügt, die Erinnerung an diese Rundgebung um so bedeutamer, weil sie aus einer Zeit stammt, in welcher das deutsche Volk in allen seinen Theilen einig war. Möge es eine gute Vorbedeutung sein, daß der 14. Januar eine Entscheidung herbeiführte, von der alle patriotisch gesinnten Deutschen hoffen, daß sie unserem Volke eine neue Periode ungetrübter Einigkeit bringen möchte.

Deutschland.

* Berlin, 16. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Vormittag einen Besuch des Kronprinzen und konferirte darauf mit dem Kultusminister von Goshler. Um 1 Uhr ertheilte der Kaiser dem Präsidium des Herrenhauses Audienz, das hierauf auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen wurde. Um 5 Uhr fand beim Kaiser ein größeres Diner statt, zu welchem auch der Bischof Klein von Limburg geladen war.

Der in vor. Nummer ds. Bl. aus der „Post“ abgedruckte Bericht über die Abstimmung in der letzten Reichstags Sitzung ist, wie das amtliche Stenogramm ausweist, nicht ganz richtig gewesen. Mit Ja haben bei der Abstimmung über den Eventualantrag Stauffenberg (468,409 Mann statt bis zum 31. März 1894 nur bis dahin 1890 zu bewilligen) außer den in der „Karlsruh. Ztg.“ Genannten noch gestimmt: v. Alten, Gysolt, Fährmann, Haus, Klog, Marbe, Thomßen. Die Abgg. Feufel und Stöcker haben nicht mit Ja, sondern mit Nein gestimmt; außerdem befanden unter den mit Nein stimmenden Abgeordneten sich noch Francke und Dr. v. Frege. Der Abstimmung enthielten sich außer den in der „Karlsruh. Ztg.“ schon Genannten Frhr. v. Dietrich, Geyer, Goldenberg, Gnerber.

Das Nationalliberale Central-Wahlkomitee und die bisherigen nationalliberalen Mitglieder des Reichstags haben heute folgenden Aufruf erlassen:

Ein gefährlicher Streit ist über unser Vaterland hereingebrochen. Die Auflösung des Reichstags und die bevorstehenden Neuwahlen rufen alle Deutschen zu einer vollen und schweren Entscheidung. Eine aus bunten Bestandtheilen der Opposition zusammengesetzte, nur in der Vereinigung einige Mehrheit wick zwar angeht die Macht der Thatfachen und der Stimmung des deutschen Volkes vor dem anfänglichen Versuch, die Nothwendigkeit der Verstärkung unserer Wehrkraft offen zu bekennen, zurück, weigerte sich dann aber, die Friedenspräsenz des Heeres wie bisher auf sieben Jahre zu bewilligen. Sie brach die selbst in friedlicher Zeit von allen Seiten für notwendig erachtete und auf dieser Grundlage zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage gefundene Einigung, welche sich zwölf Jahre hindurch den Anforderungen einer festen Heeresorganisation und den Rechten des Parlaments gegenüber als der beste Ausgleich bewährt hat.

Das deutsche Volk, untrübt von äußeren Gefahren, mußte erleben, daß die Mehrheit seiner Vertreter eine maßvolle, hinterher selbst von der Mehrheit des Reichstags als notwendig zugestandene Erhöhung der Friedenspräsenz trotz der eindringlichsten

Bitten und Ermahnungen des großen Heerführers in seiner Mitte an Bedingungen knüpfte, welche nach der Natur der Sache, nach den Erklärungen der Reichsregierung und den bestimmten Versicherungen aller bewährten Sachkenner unvereinbar sind mit den festen Grundlagen der Heeresorganisation, und somit die durch eine Erhöhung unserer Wehrkraft verstärkte Sicherheit unseres Landes gerade im gegenwärtigen Augenblick gefährden würden. Die Mehrheit des Reichstags hat so die Verstärkung unserer Heeresmacht zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Wahrung des Friedens in's Ungewisse verzögert und, wenn die deutschen Wähler nicht helfen, verhindert. Sie hat ohne Noth, wo die höchsten Interessen des Vaterlandes die volle Einigkeit im Innern erfordern, die Brandfackel der Zwietracht in das junge deutsche Verfassungsleben geschleudert, und wahrlich unheilvoll werden die Folgen sein, falls nicht das deutsche Volk Wandel schafft.

Darum wenden wir uns an alle Deutsche ohne Unterschied der Partei und Konfession, deren Herzen besorgt sind um die Zukunft des Vaterlandes, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit des neu erkundenen Deutschen Reiches höher achten als die rücksichtslose Geltendmachung von Fraktionsprogrammen, welche in dem Kampfe um die gesetzlichen Grundlagen unseres deutschen Heeres, dieses Palladiums der Unabhängigkeit der Nation, zugleich eine schwere Gefahr für eine gedeihliche fortschreitende Entwicklung im Innern erblicken. Mögen sie sich fest zusammenscharen, möge ein jeder, ohne Rücksicht auf persönlichen Vortheil oder Nachtheil, ohne Befangenheit in den Anschauungen der Fraktionen, nur des Vaterlandes gedenken.

Unsere nächsten politischen Freunde aber rufen wir zu, daß diesmal ein jeder seine Schuldigkeit thue. Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher. Entscheidend aber ist heute die Sicherung des Landes, der Friede nach außen und nach innen. Steht fest auf der Schanze, flüchtet das Volk auf, treten den Keim schon der inneren Zwietracht nieder, verhöhlet die Ernüchterung des Auslandes, wählet nur Männer, welche hierfür Sicherheit bieten!

Wir sind des Vertrauens, daß das deutsche Volk auch diesmal alle Forderungen und Versuche zum Rückfall in die alte Uneinigkeit und den inneren Haß, unter denen wir Jahrhunderte gelitten und verdarben, siegreich zurückweisen wird.

Dr. Adae. Dr. Anspurger. v. Benda. v. Benningfen. v. Bernuth. Dr. Böttcher. Buderus. Dr. Bürlin. Brünings. Dr. Bühl. Cornelsen. Dr. v. Cunn. Feustel. v. Fischer. Franke. Gebhard. Dr. Gneist. Gottburgsen. Dr. Groß. Dr. Haarmann. Dr. Hammacher. Haupt. Hobrecht. Volkmann. v. Hülf. Kalle. Klunp. Kramer. Kraft. Dr. Kruse. Neemann. Lent. Dr. Marquardsen. Meier (Bremen). Dr. Meyer (Jena). Miquel. Dr. Müller (Sangerhausen). Noppel. Descheler. Dr. Dettler. Feinzig. Fühler. Dr. Roemer. Dr. Sattler. Scipio. Dr. Scharner. Stöcker (Rothenburg). Strackmann. Dr. Tröbslin. Ulrich. Veid. Wocermann. Friedrich Weber. Max Weber. Zeit. Ziegler.

Das Herrenhaus eröffnete gestern seine Sitzungen mit dem vom bisherigen Präsidenten, Herzog v. Ratibor, ausgebrachten Hoch auf den Kaiser und wählte sodann auf Antrag v. Kleist-Neckow das bisherige Präsidium mittelst Akklamation wieder. Die nächste Sitzung findet am Montag 1 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Berathung des von Solemacher eingebrachten Antrags auf Erlass einer Adresse an den Kaiser. Der Antrag lautet folgendermaßen:

Das Herrenhaus wolle beschließen: eine Adresse an Seine Majestät den Kaiser und König zu erlassen.

Motiv. Seine Majestät unser erhabener Kaiser und König hat in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen eine Verstärkung der deutschen Heeresmacht für notwendig erachtet, um unter gespannten Verhältnissen Deutschland und Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, dessen Wahrung seit einer langen Reihe von Jahren der erfolgreichen Sorge Seiner Majestät unseres Kaisers und Seiner Bundesgenossen zu danken ist. Der deutsche Reichstag hat aber die Bewilligung der ihm gemachten Vorlage an Bedingungen geknüpft, welche ihm neue, vom bisherigen Verkommen abweichende Befugnisse geben sollten. In dem verhängnisvollen Augenblick des Scheiterns der unentbehrlichen Heeresvorlage und nachdem hieraus die Nothwendigkeit der Auflösung des Reichstages sich ergeben hat, erfüllt das Herrenhaus seinen Beruf, wenn es Seiner Majestät die Versicherung unwandelbarer Treue und die Zuversicht ausspricht, daß das preussische Volk zu jedem Opfer bereit sein werde, um seine Armee dauernd in dem zur Sicherung des Vaterlandes notwendigen Stande zu erhalten.

Führ. v. Solemacher-Antweiler, als Antragsteller. Unterstützt durch: Graf v. Althann. Graf v. Arnim-Boitzenburg. Frhr. v. Bodenhausen. Boie. Graf v. Borde. v. Brand. v. Bredow. Graf v. Brühl. Dr. Dernburg. Dieze. Graf v. Dönhoff. Frhr. v. Durant. Graf v. Frankenberg-Ludwigsdorf. Alexis Landgraf v. Hessen. Fürst zu Hohenlohe-Dehringen. Herzog v. Ulf. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen. v. Holleben. Graf v. Hornwald. v. Katte. Graf v. Keyserling. Graf von Kleist. v. Kleist-Neckow. Graf v. Königsmarck-Plaue. v. Langemann. Graf Lehnendorff. Graf v. Lynar. Frhr. v. Mantuffel-Krossen. Frhr. v. Mirbach. Graf v. Molke. v. d. Osten. Graf v. Pfeil. Hans Edler Herr zu Putzig. Riedesel. Frhr. zu Eisenbach. v. Rochow. v. Schöning. Graf v. d. Schulenburg-Lieberose. Graf v. d. Schulenburg-Wolfsburg. Graf zu Solms-Baruth. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode. Frhr. v. Tettau. v. Wedell. v. Wiedebach-Rostitz. v. Woyrsch. von Wurmb. Graf v. Zieten-Schwerin.

Der preussische Staatshaushaltsetat pro 1887/88 schließt in der Einnahme mit 1,288,258,307 M., in der Ausgabe im Ordinarium mit 1,283,120,623 M., im Extra-Ordinarium mit 33,596,684 M., zusammen 1,316,717,307 M. Der Fehlbetrag beträgt 28,459,000 M. Die staatlichen Betriebsverwaltungen weisen einen Mehrüberschuß von 12,903,999 M. gegen das laufende Jahr auf, wovon 8,052,224 M. auf die Eisenbahnverwaltung entfallen. Die Verwaltung der direkten Steuern zeigt einen Mehrüberschuß von 2,024,600 M., die der indirekten Steuern einen Mehrüberschuß von 1,247,800, die Forstverwaltung einen Mehrüberschuß von 1,261,200, die Lotterieverwaltung einen solchen von 1,923,800 M. Minderüberschüsse ergeben das Berg-, Hütten- und Salinenwesen 1,252,837 M. und der Erlös aus Ablösungen 200,000 M. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen beträgt das Mehr 368,852 M. Die Witwen- und Waisengeldbeiträge für den gesammten Staatsbereich sind

auf 6,118,874 (mehr 134,142), die Witwen- und Waisengelderausgabe auf 3,427,602 (mehr 696,438) veranschlagt. Bei den Ausgaben im Ordinarium sind verzeichnet: Mehrausgabe an Zinsen 2,760,000 M.; bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich die dauernden Ausgaben um 3,386,670 M. Der Etat des Finanzministeriums hat 779,958 M. Mehrausgaben, die Bauverwaltung 393,431, Handel und Gewerbe 303,935 M., das Ministerium des Innern 393,823, das landwirthschaftliche Ministerium 225,904, das Kultusministerium 1,353,832 M. Von einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen 14,574,000 M. auf Betriebsverwaltungen, 368,969 M. auf Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung, 18,653,715 M. auf die eigentlichen Staatsverwaltungen.

Greifeld, 16. Jan. Gestern Abend ist an den Reichskanzler Fürsten Bismarck folgendes Telegramm abgefaßt worden: Der Ausschuß und die Vertrauensmänner der liberalen Partei Greifelds, zu gemeinsamer Besprechung versammelt, beklagen tief den gestrigen Reichstagsbeschuß; sie geloben, was auch die Zukunft in ihrem Schoße bergen mag, in treuer, heiliger Liebe zu Kaiser und Reich zu stehen, und vertrauen rückhaltlos auf Euer Durchlaucht bewährte Leitung der Geschichte Deutschlands. Stadtverordneter Elsen, Vorsitzender.

§§ Straßburg, 16. Jan. Der kaiserliche Statthalter Fürst v. Hohenlohe hat sich heute nach Berlin begeben, um dem Kapitel der stimmungsfähigen Ritter des Schwarzen Adler-Ordens anzuzuwohnen.

± Aus Elsaß-Lothringen, 16. Jan. Der demnächst zusammentretende Landesausschuß wird sich u. a. auch mit einer Eingabe zu befassen haben, welche die Aufhebung des durch Gesetz vom 5. Mai 1880 erlassenen Lizenzneuerungs- oder doch wenigstens eine entsprechende Verabreichung der Gebührenfrage beantragt. Der ausschlaggebende Zweck dieses Gesetzes war die Bekämpfung der Trunksucht, welche bekanntlich in Elsaß-Lothringen einen bedenklich hohen Grad erreicht hatte. Dieser Zweck ist vollständig erzielt worden, insofern durch die höhere Besteuerung ein starker Rückgang in der Zahl der Schankstätten und damit eine erhebliche Verminderung der Gelegenheit zur Trunksucht herbeigeführt wurde. Im Jahre 1879, also vor Erlass des Lizenzgesetzes, zählte nämlich Elsaß-Lothringen nicht weniger als 13,585 Wirthschaften; diese Zahl sank 1880 bereits auf 10,881, 1881 auf 10,463, 1882 auf 10,248, 1883 auf 10,056, 1884 auf 9823, 1885 auf 9719, 1886 auf 9534 herab. Die Abnahme beträgt also nicht weniger als 4051 oder rund 30 Prozent der ursprünglichen Zahl. Daß das Gesetz manche Härte mit sich brachte und auch wohl zahlreiche Existenzen schädigte, wird nicht geleugnet. Das Steuersystem, bei dem solches nicht mehr oder weniger der Fall wäre, soll eben noch entdekt werden. Daß aber mit Hilfe desselben die Ueberzahl der Branntweinschenken besiegt worden ist, darf als ein Vorzug bezeichnet werden, dem gegenüber die Landesvertretung, auch abgesehen von der finanziellen Seite der Angelegenheit, kaum geneigt sein dürfte, auf Aufhebung oder Einschränkung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen einzugehen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 16. Jan. Die Einberufung des Reichsraths auf den 28. d. M. ist heute veröffentlicht. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Verordnung des Ministers des Innern betreffend ein mit der russischen Regierung vereinbartes Verfahren bei der gegenseitigen Ausweisung von Landstreichern, sowie von passlosen Individuen, die keine Subsistenzmittel nachweisen können. Die „Pol. Corr.“ meldet, die rumänischen Bevollmächtigten werden gegen den 28. Januar zur Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen wieder in Wien eintreffen.

Pest, 15. Jan. Das Unterhaus begann die Debatte über das Budget. Ministerpräsident Tisza trat den Angriffen der Opposition mehrfach entgegen und forderte die Abgeordneten auf, sie möchten ihr Votum ohne jede Rücksicht auf Personenfragen abgeben.

Zur Auflösung des deutschen Reichstags schreibt das „Fremdenblatt“: Der Reichstag habe eine Armee auf Kündigung beschlossen. Das Zentrum und der Freisinn wollten eine parlamentarische Caprice nicht den großen Gesichtspunkten der Weltpolitik opfern. Sie bräcften die ganze Nation vor den Augen des Auslandes herab und erfüllten die halbmarkirten Segner des Reiches mit neuem Muth. Von einem Bunde des Freisinn, des Zentrums und der Polen könne man nicht behaupten, daß die Freiheits- und Vaterlandsliebe seine Triebfedern seien. In der Konfliktzeit habe Fürst Bismarck, trotz des Widerstandes des Parlaments, Preußen mit eherner Konsequenz seiner Größe zugeführt. Die Reichsverfassung gebe dem Kaiser das Mittel für des Reiches Sicherheit. Die Stärkung der deutschen Macht, welche durch einen Konflikt nicht angehalten werden könne und dürfe, bedeute zugleich die Stärkung des europäischen Friedens. Auch die „Deutsche Zeitung“ erinnert daran, daß der gute Geist der deutschen Nation schon 1867, dann 1878 über die verantranten Parteiführer habe hinwegschreiten müssen. Die Abstimmung werde vielleicht für Deutschland günstig wirken, indem sie die Bildung einer starken Mittelpartei zur Folge habe. Für Europa sei sie zunächst ein Unheil, da sie eine allgemeine Unruhe hervorruft. Von den größeren Blättern lobt nur die „Neue Freie Presse“ die Opposition als Verteidigerin des Konstitutionalismus. Die „Allgem. Ztg.“ billigt zwar ebenfalls die Opposition, gesteht aber zu, daß die Opposition die Streitfrage über die parlamentarischen Machtbefugnisse aufgeworfen habe. Die Erneuerung des Septennats hätte kein Zurückweichen des Parlaments bedeutet. Das Zentrum habe für Fröhen v. Stauffenberg nur gestimmt, um Unordnung zu stiften oder seine Macht zu zeigen.

Aus Pest wird den „B. P. N.“ geschrieben: Ueber den Bericht des Unterrichtsministers Trefort für 1884/85 haben einige deutsche Blätter sehr tendentiös gefärbte Mittheilungen gebracht, welche den Eindruck machen, als ob in Ungarn die Regierung systematisch an der Magyarisierung des ganzen Unterrichtswesens arbeiten würde. Wie übertrieben solche

Behauptungen sind, wird Jedem einleuchten, wenn wir auch nur einige Zahlen aus dem jüngst veröffentlichten Bericht aufführen. Die Zahl der deutschen Volksschulen hat sich in dem letzten Jahre nicht vermindert, sondern ist im Gegentheil von 676 auf 678 gestiegen; und daß der Status im Vergleich zu jener Zeit, als noch die aus dem Absolutismus herrührenden Zustände herrschten, um 554 sich vermindert hatte, wird von Manchem noch immer irrtümlicher Weise als Magyarisierungsseifer der Regierung ausgelegt. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß solch ein riesiger Rückgang in Wirklichkeit gar nicht stattfand, denn jene Schulen, die hier in Rede stehen, haben nicht aufgehört, deutsche Schulen zu sein, sondern sind einfach in Schulen mit doppelter Unterrichtssprache, mit Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache, umgewandelt worden, was aber durchaus nicht durch die Regierung, sondern durch die betreffenden Konfessionen oder Schulbehörden erfolgte, denn unter jenen Schulen befanden sich kaum ein Duzend Staatschulen, nahezu 200 rund Gemeindegemeinde- und die übrigen konfessionelle Schulen, die aus eigener Initiative und den sprachlichen Verhältnissen der betreffenden Gemeinden Rechnung tragend, neben der deutschen auch die ungarische Sprache zur Unterrichtssprache machten. Laut Bericht des Unterrichtsministers sind denn auch heute 1048 solche Volksschulen in Ungarn, in welchen neben der ungarischen auch die deutsche in gleicher Maße Unterrichtssprache ist. Ferner sind noch folgende doppel-sprachige Volksschulen: 1 deutsch-rumänische, 14 deutsch-slovakische, 8 deutsch-venedische, 11 deutsch-serbische und 29 deutsch-kroatische Volksschulen. Man sollte doch solche Thatfachen nicht verschweigen; die Wirklichkeit ist heute so, daß die deutsche Sprache mit viel größerem Nachdruck heute als vor Jahren in ganz Ungarn gelehrt wird, und die Zahl Lehrer, die in Ungarn die deutsche Sprache in Wort und Schrift sich eigen machen, ist, wie mit statistischen Daten aus dem Bericht des Unterrichtsministers hervorgeht, bedeutend größer als in den siebziger Jahren.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Aus Auxerre wird gemeldet, daß die Leichenfeier für Paul Bert dort gestern einen würdigen Verlauf genommen hat, wenn auch die strenge Kälte von den Theilnehmern an der Feier und von dem Publikum sehr unangenehm empfunden wurde. Der Minister des Auswärtigen hielt eine Rede, in welcher er die patriotische Hingabe rühmte, deren Opfer Bert schließlich geworden sei. Die äußerste Linke hat nicht beschloffen, bei der Abstimmung über den Budgetposten „Geheimfund für das Ministerium des Innern“ sich der Stimmabgabe zu enthalten, sondern es ist den Mitgliedern bezüglich ihrer Haltung Freiheit gelassen worden. Clemenceau wird mit seinem Anhang sich allerdings der Abstimmung enthalten, ein Theil der Partei jedoch gegen die Regierung votiren.

Italien.

Rom, 16. Jan. Die bulgarischen Deputirten sind heute Morgen hier eingetroffen.

Großbritannien.

London, 15. Jan. Sir Henry Drummond Wolff reist heute nach Konstantinopel ab. Von den Radikalen wird Bösen wegen seines Eintrittes in das Ministerium heftig angegriffen; Labouchere hielt im Dubliner Mansion-House eine Rede, in welcher er den neuen Schatzkanzler mit Vorwürfen überhäufte, ihn für die ägyptische Expedition verantwortlich machte und seine ablehnende Haltung gegen die Erweiterung des Stimmrechtes hervorhob.

Aus Kalkutta wird dem Bureau Reuter vom 12. Januar gemeldet: In indischen amtlichen Kreisen glaubt man, daß die kürzlich in der englischen Presse veröffentlichten, aus polnischen Quellen flammenden Nachrichten über russische Vorbereitungen zu einem Einfall in Afghanistan in diesem Frühjahr übertrieben sind. Seit der Rückkehr der afghanischen Grenzkommission ist freilich kein britischer Agent der russisch-afghanischen Grenze nahe genug gewesen, um der indischen Regierung direkte Nachrichten geben zu können. Der letztere ist jedoch bekannt, daß eine russische Streitmacht von 2000 Mann von Aschabad nach Tschardschui am Oxus vorgeückt ist, um die russische Verbindungslinie von Merw nach Buchara hin zu verlängern. Man glaubt, daß Russland Buchara nehmen wird, um die Verbindung nach Samarkand zu vervollständigen, wo bereits ein Corps steht. Deshalb befürchtet man nicht ernstlich einen russischen Angriff auf persisches oder afghanisches Gebiet im nächsten Frühjahr, obgleich die indische Regierung wohl weiß, wie die Stellung Russlands verhärtet wird, wenn die Eisenbahn zwischen Merw, Buchard und Samarkand vollendet ist. Die 30-40 Meilen lange russisch-afghanische Grenze von Oxus ist die einzige Linie, über welche die Grenzkommission nicht einig wurde. Die indische Regierung würdigt vollkommen die dadurch entstehenden Gefahren. Doch verläßt man sich auf die Freundschaft des Emirs und sucht die besten Beziehungen mit ihm zu erhalten. Die Vertheidigung der nordwestlichen Pässe wie die Befestigung der ganzen Grenz überhaupt wird nicht vernachlässigt.

Rußland.

St. Petersburg, 16. Jan. Der Direktor des Reichsschatzdepartements, Geh. Rath Thorer, ist zum Adjunkten des Finanzministers ernannt worden.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Jan. Die Pforte hat dem Bureau Reuter zufolge beschlossen, nicht weiter auf die Abruferung der griechischen Konsuln auf Kreta zu dringen, da der griechische Gesandte Condouriotis Said Pascha bedeutete, daß ein solcher Schritt die Stellung des Ministerpräsidenten Trikupis erschüttern und Delnannis wieder an's Ruder bringen möchte. Man glaubt hier überhaupt, daß in Kreta kein Aufstand ausbrechen werde, wenn nicht von Griechenland das Signal gegeben würde. Mit dieser Ansicht der Pforte über die Situation auf Kreta steht es im Einklang, daß die Absendung der vom türkischen Gouverneur auf Kreta erbetenen Verstärkungen versagt worden ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 17. Januar.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm, Höchstweldher seit Samstag Nachmittag hier anwesend war, kehrte heute früh nach Heidelberg zurück.

Gestern, Sonntag den 16. ds., nach dem Gottesdienst in der Schloßkirche ertheilten Ihre Königlich Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin verschiedenen Personen Audienz und folgten dann einer Einladung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen und Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm zu einer Familientafel.

Heute Vormittag empfing der Großherzog den Staatsminister Turban zu längerer Vortragserstattung und nahm dann die Meldung des Majors Volkmann vom Bad. Pionierbataillon Nr. 14, des Stabsarztes Dr. Weyer von der Unteroffizierschule in Etlingen, sowie der Sekondeleutenants Hieronimus, Weyprecht und Schmidt vom Bad. Pionierbataillon Nr. 14 entgegen.

Um 1 Uhr begaben sich Ihre Königlich Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin zu Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth, bei welcher eine Familientafel stattfand.

Nachmittags hörte der Großherzog die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Majors von Eichhorn.

Abends folgten Ihre Königlich Hoheiten einer Einladung des Staatsministers Turban und Gemahlin zu einer großen Gesellschaft.

Seine Königlich Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kandidat Willibrod Henrich in Mannheim das erbetene Prädikat „Hofkonditor“ zu verleihen.

Der Landesauschuß der nationalen und liberalen Partei in Baden wird am nächsten Sonntag dahier zusammentreten, um über die nöthigen Vorbereitungen für die bevorstehende Reichstagswahl zu beraten.

Der Ortsgesundheitsrath erläßt zur Warnung des Publikums folgende Bekanntmachungen: Dr. Dittmann's Birkgatt, ein gegen Hämorrhoiden, Keberleiden, chronische Darmkatarrhe u. s. w. marktschreierisch angepriesenes Mittel, besteht aus einer durch Essigäther und Kamillenöl aromatisirten wässrigen Lösung von Delnatronsalz mit viel Glyzerin. Das Birkgatt ist ein unschädliches Abführmittel, entbehrt aber der ihm angerühmten Wirksamkeit und ist viel zu theuer. — Ein gewisser Adolf Steiner in Hamburg, Dammtorstraße 11, bietet durch Birkular den Apothekern Deutschlands die Errettung eines Depots von „Herculespflaster“ an, welches Apotheker S. Schösinus in Hensburg bereitet. Dasselbe wird als sicheres Heilmittel bei den heftigsten rheumatischen Schmerzen, Verrenkungen, Gliederreißen u. s. w. angepriesen. Bei der Untersuchung ergab es sich, daß das Herculespflaster nur aus getrocknetem Mutterkorn besteht, das noch überdies sehr mangelhaft präparirt ist. Wir warnen vor dem Ankauf des gegen obige Leiden wirkungslosen Pflasters. — Durch Zeitungsannoncen und Broschüren wird ein nach Rezept des früheren Militärarztes Roman Weismann zu Wilsdorf in Baden zubereitetes „Schlagwasser“ als zuverlässiges Mittel gegen Schlagfluß marktschreierischer Weise angepriesen. Das Schlagwasser wird durch das berühmte Geheimmittelgeschäft des Julius Reichhöfer in Triest vertrieben, welcher auch die Homeria und andere medizinische Schwindereien zu Markte bringt. Wir haben das Schlagwasser wiederholt einer chemischen Untersuchung unterziehen lassen; dasselbe besteht lediglich aus rothgefärbter Arnicatinktur. Während 100 gr dieser in jeder Apotheke käuflichen Tinktur 95 Pf. kosten, mußten dem Reichhöfer für 60 gr in einem von uns konstatirten Falle 5 M. bezahlt werden.

(Konzert.) Das für Mittwoch den 19. d. M. angelegte Ständigkonzert findet nunmehr eingetretene Hindernisse halber erst Montag den 24. d. M., und zwar nicht im Eintrachtsaal, sondern im Museumsaal statt.

(Konseratorium.) Der Hofkapellmeister Wassermann hat die Leitung eines Deklamationskursus am hiesigen Konseratorium für Musik übernommen, in welchem Personen, die sich der Schauspielkunst widmen wollen oder zu sonstigen Zwecken sich rednerisch zu bilden wünschen, eintreten können. Die Direktion des Konseratoriums hat ohne Zweifel eine sehr glückliche Wahl getroffen, indem sie einem hervorragenden und denkenden Künstler die deklamatorische Lehrthätigkeit übertrug.

G. (Dem Badischen Kunstgewerbeverein), welcher, wie bekannt, zur Förderung der heimischen Kunstschloßerei eine Wettbewerbung für ausgeführte Schmiedearbeiten ausgeschrieben hat, ist anlässlich dieses Vorgehens von Allerhöchster Seite die baldmöglichste Unterstützung zu Theil geworden. Seine Königlich Hoheit der Großherzog hatte die Gnade, als Beitrag zu den allgemeinen Unkosten die Summe von 400 M. zu stiften, während Seine Königlich Hoheit der Erbprinz, der hohe Protektor des Vereins, die gleiche Summe mit der Bestimmung zur Verwendung als erster Preis gespendet hat.

8* Pforzheim, 15. Jan. (Goldene Hochzeit. — Pfarrwittwenkasse. — Singergesellschaft. — Musikverein.) Am letzten Mittwoch begingen Herr Privatier J. C. Fuchs und Gemahlin von hier das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Außer den aus Kreisen der Einwohnerschaft dargebrachten vielfachen Freundschaftsbeweißen wurde das Jubelpaar auch noch durch Ueberreichung einer von Seiner Königlich Hoheit dem Großherzog verliehenen silbernen Denkmünze aufs freudigste überrascht. — Dem von der hiesigen evangelischen Gemeinde gefaßten Beschluß betr. Gründung einer „Pfarrwittwenhilfskasse“ sind nun auch die Gemeinden Bauschlott, Brödingen, Dill-Weigensheim, Obbricken, Springen, Kieselbrunn, Langenals und Nieschen beigetreten. Andere werden noch folgen. — Letzten Sonntag fand das Jahresfest der hiesigen, vom Jahr 1801 an bestehenden „Singergesellschaft“ unter zahlreicher Theilnahme seitens der Mitglieder statt. Die Gesamtmitgliedszahl beträgt jetzt 582. Im Laufe des letzten Jahres gingen von 588 Mitgliedern 24 mit Tod ab. Die Gesellschaft begeht ihre Jahresfeier immer mit Verleihung von Liebesgaben an Bedürftige. Zur Unterstützung hatten sich 100 Personen gemeldet; es konnten aber nur 68 berücksichtigt werden. — Bei einem am Sonntag den 23. Januar dem hiesigen Musikverein anberaumten Konzert werden der Violinvirtuos Herr Jäze und die Konzertsängerin Frln. Helene Walden aus Dresden mitwirken.

5 Freiburg, 16. Jan. (Velfort-Fest.) Der Landwehr- und Reservistenverein „Velfort“ beging gestern Abend in der Sängerkasse seine alljährliche Velfort-Fest unter außerordentlich großer Theilnahme. Der erste Vorstand des Vereins, Herr Oberstleutnant a. D. Held, brachte das Hurrah auf Se. Majestät den Kaiser, der zweite Vorstand Herr Hauptmann a. D. Wagner, auf Seine Königl. Hoheit den Großherzog, Herr Anwalt Federle

toanterte in schwungvoller Rede auf das deutsche Vaterland. Die Stimmung war eine überaus gehobene. An Seine Königl. Hoheit den Großherzog, den hohen Protektor des Vereins, und an Se. Excellenz den General v. Werder wurden Telegramme gerichtet. Zahlreiche Gaben für den Gläubigen waren durch freiwillige Beiträge gestiftet. Den Schluß des Festes bildete ein Ball, an welchem sich über 100 tanzende Paare betheiligten. Zu Ehren jener denkwürdigen Kämpfe bei Velfort wird morgen die Stadt beflaggt sein, Stodengelände wird heute Abend und morgen früh die Einwohnerschaft an die Ehrentage unserer Truppen mahnen und das Siegesdenkmal wird heute feierlich beleuchtet sein, während die Regimentsmusik auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz konzertirt.

Verschiedenes.

8 Straßburg, 16. Jan. (Sparkasse. — Landesbibliothek. — Kanarienvogel-Ausstellung. — Defraudirte Uhren.) Aus dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht der hiesigen Sparkasse (für das Jahr 1883/86) geht hervor, daß in der fortschreitenden Annahme der Einlagen, welche im vorhergehenden Jahre (1884/85) konstatirt waren konnte, in dem Berichtsjahre ein Stillstand eingetreten ist, daß die Rückzahlungen sogar die Einlagen um 37,816 M. überlegen haben; trotzdem ist das Guthaben der Deponenten durch Kapitalisierung der Zinsen um 315,729 M. gewachsen; das auf 37,204 Konten vertheilte Gesamtguthaben aller Deponenten belief sich am 31. März 1886 auf 10,620,677 M. — 13,452 Konten weisen eine Einlage unter 50 M. auf (im Ganzen 263,594 M.). Die Anzahl der Konten hat sich um 1369 vermehrt, das Durchschnittsguthaben beträgt 285 M. 47 Pf. d. i. 2 M. 9 Pf. niedriger als im vorhergehenden Rechnungsjahre. Es fanden 39,411 Einzahlungen mit 2,853,971 M. und 17,246 Rückzahlungen mit 2,891,858 M. statt. Der kleine Rückgang mag immerhin dadurch hervorgerufen sein, daß seit dem 1. April 1886 das Gesetz vom 3. Juni 1885 in Kraft getreten ist, durch welches der von den Sparkassen zu gewährenden Zinsfuß um 1/2 Proz. herabgesetzt wird. Doch zeigt sich bereits, daß ein dauernder nachtheiliger Einfluß von dieser nothwendig gewordenen Maßregel nicht zu erwarten ist. — Unsere Universitäts- und Landesbibliothek hat sich im Jahre 1886 um 21,996 Bände vermehrt, zu gleichen Theilen ungefähr durch Kauf und durch Schenkung; der Gesamtbestand der Bibliothek hat damit die Höhe von 600,000 Bänden erreicht; bemerkt wurde die Bibliothek von 22,297 Personen, welche 80,021 Bände entlehnten; nach Baden gingen 202 Bücherendungen mit 895 Bänden. — Gegenwärtig findet hier eine sehr interessante Kanarienvogel-Ausstellung statt, deren Zweck ist, Propaganda für die Kanarienzucht zu machen. Wie ein hervorragender Ornithologe, Herr Holop aus Stuttgart, mittheilt, verschaffen sich in Württemberg Kanarienzüchter durch Kanarienzucht vielfach Nebenverdienst von 1000 bis 2000 M. jährlich; der Werth der in einem Jahre in Deutschland gezüchteten Vögel beträgt nach Dr. Rus 12 Millionen Mark; ein tabellarischer Sänger kostet im Durchschnitt 60 M. — Vor Weihnachten sollten auf dem hiesigen Hauptplatze 393 goldene und silberne Uhren, welche im Laufe des letzten Sommers von der deutschen Zollbehörde an der schweizerischen Grenze beschlagnahmt waren, in kleinen Partien öffentlich versteigert werden. Die hiesigen Uhrmacher fürchteten jedoch dadurch in ihrem Geschäft geschädigt zu werden und auf ihre Beschwerde hin unterblieb die Versteigerung. Inzwischen sind die Uhren en bloc an einen Uhrengegründer verkauft worden.

(Standesbehr der Bagnoträger.) Das Judathaus zu Catania war in den vergangenen Tagen der Schauplatz turbulenten Szenen. Sämmtliche Bagnoträger rotteten sich nämlich auf und protestirten heftig dagegen, daß der Würdiger Nicotra, der seine Frau, nebst seinen beiden kleinen Töchtern auf grausame Weise getödtet hatte, in das Judathaus aufgenommen werde. Eine Deputation, aus zwei Mädechen und einem Falschmünzer bestehend, erklärte der Direktion, sie wollten mit einem Keel, der sich an unschuldigen Kindern vergriffen, nichts zu thun haben, derselbe wäre eine Schande für das Bagnio. Sollten sie trotzdem gezwungen werden, mit jenem Scheusal zusammen zu leben, würden sie sich empören. Der Würdiger Nicotra wurde in der That in einer Einzelzelle untergebracht.

W. Satarefi, 16. Jan. (Zirkusbrand.) Der neuerbaute Zirkus Idols, welcher demnächst eröffnet werden sollte, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 17. Jan. Beim Empfang des Präsidiums des Herrenhauses äußerte Seine Majestät der Kaiser über die Auflösung des Reichstags, es habe ihn als Deutschen und Preußen sehr ernst gestimmt und tief betrübt, daß man die für die Erhaltung des Friedens für Deutschland so wichtige Vorlage abgelehnt; es habe ihn dies nach so vielen glücklichen Tagen, die ihm in seinem hohen Alter beschieden waren, und besonders nach seiner achtzigjährigen militärischen Dienstthätigkeit aufs tiefste schmerzlich berührt. Die Bewilligung auf drei Jahre hätte vom militärischen Standpunkte als ausreichend nicht erachtet werden können. Der Kaiser gab der Hoffnung auf eine spätere Bewilligung der Vorlage Ausdruck und wünschte den Landtagsarbeiten ein gutes Gedeihen.

Berlin, 17. Jan. Das Herrenhaus verwies den Antrag Solemacher auf Erlaß einer Adresse an den Kaiser an eine Kommission von zehn Mitgliedern. Beseher (nationalliberal) erklärte, er und seine politischen Freunde werden dem Erlaß der Adresse einstimmig beitreten, und zwar unter dem Eindruck der Worte, welche der Kaiser bei dem gestrigen Empfang des Präsidiums gesprochen und den tiefsten patriotischen Schmerz des Kaisers über die neuesten politischen Vorgänge ausdrückten. Für die Motive dagegen könne er sich nicht erklären, er finde Bedenken gegen die darin an den Beschlüssen des Reichstags geübte Kritik. Er hoffe, es werde der Kommission gelingen, solche Bedenken zu beseitigen.

Berlin, 17. Jan. Im Abgeordnetenhause wurden v. Koller zum Präsidenten, Freiherr v. Heereman zum ersten und v. Venba zum zweiten Vicepräsidenten wiedergewählt. Am Donnerstag beginnt die erste Lesung des Etats.

Berlin, 17. Jan. Die Führung der nationalliberalen Partei ist von Herrn v. Bennigsen wieder übernommen worden. Bennigsen und Miquel erklärten sich bereit, wieder ein Mandat zu übernehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Dienstag, 18. Jan. 10. Ab. Vorst.: „Die Ranzan“, Schauspiel in 4 Akten, von Ermann-Catriau. Anfang 7/7 Uhr.

In Baden: Mittwoch, 19. Jan. 14. Ab. Vorst.: „Der Wasserträger“, Oper in 3 Akten, von Cherubini. Anfang 7/7 Uhr.

Familiennachrichten.

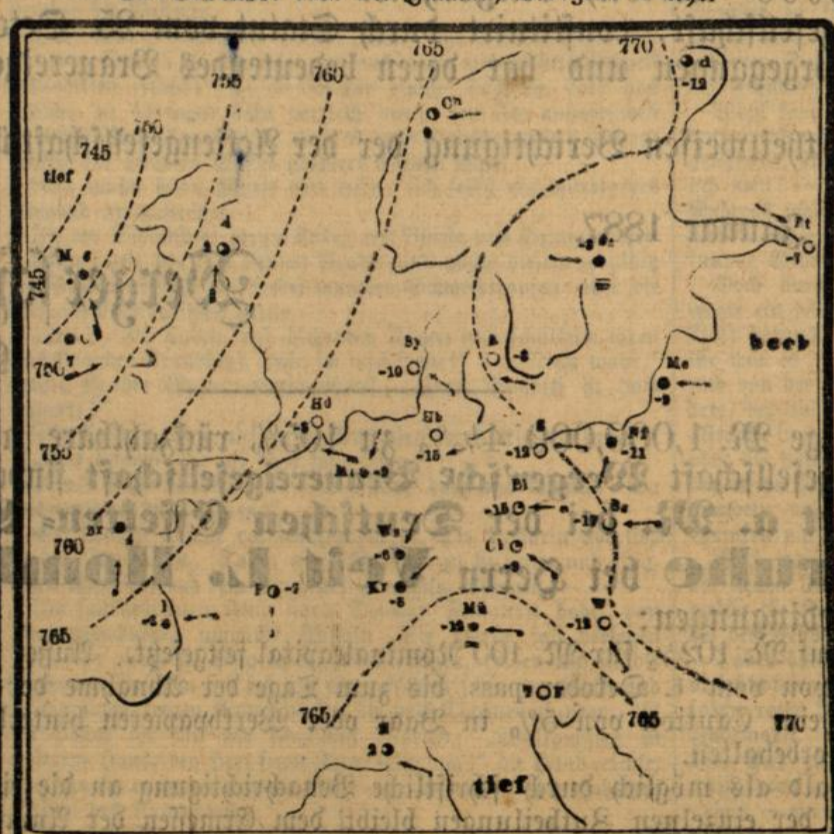
Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 7. Jan. Hamden, B.: Kron Braunlosh, Handelsmann. — 9. Jan. Anna, B.: Andreas Schärer, Tagelöhner. — 11. Jan. Emma Susanna Clementine, B.: Edward Bed, Kaufmann. — Karoline, B.: Frd. Köhler, Hilfskassner. — 12. Jan. Frieda Amalie, B.: Josef Brand, Hilfskassner. — 13. Jan. Friedrich Bernhard, B.: J. Kraus, Steinbruder. Todesfälle. 13. Jan. Emil, 6 J. B.: Remmeh, Schneider. — Otto Constantius, Wdwr., Hofkassner a. D., 73 J. — Friedrich Speck, Wdwr., Leibkassner a. D., 73 J. — Karl, 8 Jg., B.: Kaufmann Gartner. — 14. Jan. Katharina Wolz, led., Dienstmädchen, 15 J. — Auguste, Ehefrau von Baufröhen Wolf, 35 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Nebel	Sonne
15. Nachts 9 U.	753.2	-5.2	2.4	78	NE	Klar
16. Morgs. 7 U.	750.2	-10.8	1.8	93	NE	Klar
16. Mittags 3 U.	749.4	-5.0	2.4	76	NE	sehr bew.
16. Nachts 9 U.	750.8	-10.0	2.1	100	NE	Klar
17. Morgs. 7 U.	754.0	-8.8	2.2	94	NE	bedeckt
17. Mittags 3 U.	755.3	-5.2	2.5	80	NE	Klar

Wasserstand des Rheins. Mainz, 16. Jan., Morgs. 8.23 m, gefallen 75 cm. — 17. Jan., Morgs. 3.19 m, gefallen 4 cm.

Wetterkarte vom 17. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Eine tiefe Depression unter 745 mm liegt auf dem Meer westlich von Irland, in Mollagmore Südbucht-Sturm bedingend. Das Maximum von 774 mm liegt an der ostpreussischen Küste bei meist schwacher östlicher Luftströmung. Das Wetter über Central-Europa ist andauernd kalt, im Osten und Nordwesten heiter, im übrigen trübe und stark neblig ohne meßbare Niederschläge. In Deutschland herrscht starke Kälte. Hamburg — 15, München — 13 und Berlin — 14 1/2. Breslau — 16 1/2 Grad.

Frankfurter telegraphische Kurberichte.

vom 17. Januar 1887.

Staatspapiere.	Wahntien.
4% Deutsche Reichs-anleihe	Staatsbahn 200
4% Preuss. Konf.	Lombarden 79 1/2
4% Baden in fl.	Galizier 161.70
4% " in M.	Elbthal 182
Oesterr. Goldrente	in M. 105. — Mecklenburger 154.40
Silberrent.	Hess. Ludwigsbahn —
4% Ungar. Goldr.	68.20 Lübeck-Wilhelmsb. 158.50
1877r. Russen	61.70 Gotthard 84.50
1890r.	86.50 Wechsel und Cour.
II. Orientanleihe	62.50 Wechsel a. Amst. 168.52
Italiener compt.	88.50 " London 20.40
Egypter	74.30 " Paris 30.42
Spanier	65. — " Wien 161.17
5% Serben	80.40 Napoleonsd'or 16.11
Banques.	30.40 Privatdiskonta 8 1/2
Creditaktien	381 1/2, Alkali Westereg. —
Diskontokommandit	204.70, Wechselb. —
Deutscher Banker.	164. — Staatsbahn 208 1/2
Darmstädter Bank	139.40 Lombarden 79 1/2
6% Verb. Hyp. Ob.	79.98, Tendenz: matt.

Berlin.	Wien.
Deut. Kreditakt.	478.50, Creditaktien 285.20
Staatsbahn	406.50, Marknoten 61.97
Lombarden	163. —, Tendenz: matt.
Hess. Ludwigsb.	164.70, Paris 30.42
Baurzins	88. —, 1/2% Rente —
Darmstädter	70.20, Spanier 64 1/2
Frankfurter	41.60, Egypter 37 1/2
Mecklenburger	—, Ottomanen 516
Tendenz:	—, Tendenz: —

PROSPECT.

4½prozentige à 105% rückzahlbare hypothekarische Anleihe
der Actiengesellschaft

Wenger'sche Brauereigesellschaft

in
Worms am Rhein

im Betrage von Mark 1,000,000.

Die Actiengesellschaft Wenger'sche Brauereigesellschaft in Worms a. Rh. hat auf Grund des § 14 ihrer Statuten eine zu erster Stelle hypothekarijch eingetragene Anleihe von M. 1,000,000 auf Partial-Obligationen aufgenommen.

Dieselbe ist eingetheilt in:

700 Obligationen à M. 1000
600 " " " " 500.

Die Partial-Obligationen lauten auf Namen und sind durch Indossament oder Cession übertragbar.

Das Darlehen ist zu 4½ % p. a. in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. October jeden Jahres, verzinslich und binnen 39 Jahren vom Jahre 1887 ab nach Maßgabe des den Obligationen aufgedruckten Tilgungsplanes zum Course von 105%, also mit einem Aufschlage von 5%, rückzahlbar. Die schuldenrische Gesellschaft hat sich nach Maßgabe der Anleihebedingungen das Recht verstärkter oder gänzlicher Tilgung vorbehalten.

Zur besonderen Sicherheit für die pünktliche Zahlung der Zinsen, sowie für die Rückzahlung der Anleihe hat die schuldenrische Actiengesellschaft dem Bankhause Veit L. Homburger in Karlsruhe in Vertretung der Rechte der Obligationäre in ihrer Gesamtheit auf ihren gesammten Immobilienbesitz Hypotheken zur ersten Stelle (gemäß den Anleihebedingungen) errichtet.

Dieser verpfändete Immobilienbesitz hat nach den vorliegenden Sachverständigen-Taxen einen reinen Immobilienwerth von M. 2,029,044.75.

Die Auslosung der jeweilig am 1. October rückzahlbaren Obligationen findet alljährlich am 1. Juli im Lokale der Gesellschaft statt.

Die fälligen Zinscoupons und Partial-Obligationen sind inhaltlich ihres Textes zahlbar gestellt

in Worms bei der Kasse der Gesellschaft;

„ Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- & Wechsel-Bank;

„ Karlsruhe bei Herrn Veit L. Homburger.

Alle Bekanntmachungen bezüglich der Anleihe erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger und außerdem in den im § 7 der Anleihebedingungen bezeichneten Zeitungen.

Der Text der Partial-Obligationen, auf welchen ein Auszug der Anleihe-Bedingungen abgedruckt ist, kann bei der Deutschen Effecten- & Wechsel-Bank in Frankfurt a. M. und Herrn Veit L. Homburger in Karlsruhe eingesehen werden.

Das Grundcapital der Gesellschaft besteht aus

M. 2,000,000 Aktien, eingetheilt in 2000 Stück Aktien à M. 1000.

Die schuldenrische Actiengesellschaft, constituirt durch Statut vom 25. October 1886, ist aus der bisherigen Firma Karl Wenger in Worms hervorgegangen und hat deren bedeutendes Brauereigeschäft vom 1. October 1886 an für ihre Rechnung übernommen.

Das Darlehen wurde zur theilweisen Berichtigung der der Actiengesellschaft überlassenen Karl Wenger'schen Brauerei-Etablissements aufgenommen.

Worms a. Rh., den 13. Januar 1887.

Wenger'sche Brauereigesellschaft.

gez. Karl Wenger.

Die Subscription auf obige M. 1,000,000 4½% zu 105% rückzahlbare, an erster Stelle hypothekarijch sichergestellte Partial-Obligationen der Actiengesellschaft Wenger'sche Brauereigesellschaft findet **Donnerstag den 20. Januar a. c.** in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- & Wechsel-Bank;

„ Karlsruhe bei Herrn Veit L. Homburger

statt, und zwar zu folgenden Bedingungen:

1. Der Subscriptionspreis ist auf M. 102½ für M. 100 Nominalcapital festgesetzt. Außer dem Preise sind die Stückzinsen zu 4½ % p. a. für den laufenden Zinscoupon vom 1. October pass. bis zum Tage der Abnahme der Stücke zu vergüten.
2. Bei der Subscription muß eine Caution von 5% in Baar oder Werthpapieren hinterlegt werden. Früherer Schluß der Subscription bleibt jeder Anmeldestelle vorbehalten.
3. Die Zuteilung erfolgt sobald als möglich durch schriftliche Benachrichtigung an die einzelnen Zeichner. Die eventuelle Reduction der Zeichnungen resp. die Höhe der einzelnen Zuteilungen bleibt dem Ermessen der Anmeldestellen überlassen.
4. Die Abnahme der zugetheilten Obligationen in definitiven, mit dem deutschen Reichstempel versehenen, Stücken kann gegen Zahlung des Preises vom 10. Februar a. c. ab geschehen, muß aber spätestens am 15. März a. c. bewirkt sein.

Frankfurt a. M. und Karlsruhe, den 17. Januar 1887.

Deutsche Effecten- & Wechselbank.

Veit L. Homburger.